

Die Corona-Krise als Chance nutzen

VON FRIEDERIKE WELTER

In seiner jüngsten Enzyklika „Fratelli Tutti“ fordert Papst Franziskus, dass die Politik Lehren aus Krisen ziehen sollte, in dem sie „veraltete Kriterien“ überdenke. Nach der letzten großen weltweiten Krise – der Finanz- und Wirtschaftskrise in 2008/09 – sei dies jedoch nicht geschehen, kritisiert er. Seit März erleben wir mit Covid-19 wiederum eine weltumspannende Krise: In vielen Staaten hat die Pandemie zu hohen Infektionszahlen und Todesfällen geführt. Zugleich wirkt sie sich massiv auf die Volkswirtschaften aus. In Europa kämpfen wir gerade mit den gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der zweiten Covid-19-Welle.

In der ersten Welle im Frühjahr reagierten die Staaten in der Europäischen Union auf die Pandemiebedrohung mit nationalen Grenzsicherungen und (teilweisen) Lockdowns. Dadurch brachen aber für die mittelständischen Unternehmen Teile ihres inländischen Absatz- und Beschaffungsmarktes sowie der EU-Binnenmarkt weg. Letzterer ist für viele von ihnen – nicht zuletzt aufgrund der weitestgehend harmonisierten Regelungen – der wichtigste ausländische Markt.

Dennoch wurde der Binnenmarkt bislang häufig nur als „Summe der Inlandsmärkte“ wahrgenommen. Entsprechend konnten sich die Mitgliedsstaaten, deren wirtschaftspolitische Leitbilder und Wirtschaftskraft teilweise sehr unterschiedlich sind, bei gesetzlichen EU-Initiativen häufig nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner verständigen. Diese oftmals sehr kleinteiligen EU-Initiativen wurden anschließend von den nationalen Regierungen zudem sehr unterschiedlich umgesetzt. Wen wundert es vor diesem Hintergrund, wenn viele Europäer und Europäerinnen der Europäischen Union immer noch weniger Bedeutung zusprechen als ihrem eigenen Nationalstaat. Eine EU-Wirtschaftspolitik kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn sie von der jeweiligen Bevölkerung sowie von den Unternehmern und Unternehmerinnen in allen Mitgliedsstaaten gleichermaßen akzeptiert und bejaht wird.

Im Zuge der ersten Covid-19-Welle haben Politiker europaweit die Wichtigkeit des EU-Binnenmarkts für die ökonomische Überwindung der Pandemiefolgen erkannt. Ganz im Sinne von Papst Franziskus besteht nun also die Chance, Lehren aus der bisherigen KMU-Politik der EU zu ziehen und eine ordnungspolitisch ausgerichtete europäische Mittelstandspolitik oberhalb der Ebene der Nationalstaaten zu initiieren. Auf diese Weise könnten die unterschiedlichen unternehmerischen Potenziale in den EU-Mitgliedstaaten freigesetzt und in produktiven Austausch zueinander gebracht werden.

Schließlich fordert nicht nur die Covid-19-Pandemiekrise die Mitgliedsstaaten und deren Volkswirtschaften heraus. Auch schon davor befanden sich alle Unternehmen in einem großen Transformationsprozess, der innovative Lösungen erfordert. Die zunehmende Digitalisierung und die Nachhaltigkeit des Wirtschaftens („Green Deal“) sind hier nur zwei Stichworte. Parallel dazu gilt es, den sozialen Ausgleich, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die freiheitliche Grundordnung in Gesellschaft und Wirtschaft zu wahren.



Die Autorin ist Präsidentin des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn und Lehrstuhlinhaberin an der Universität Siegen.

Foto: Privat

Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle.